

Angriff auf Antisemitismusbeauftragten: Ein Zeichen gegen Hass in Brandenburg

Angriff auf das Auto des Antisemitismusbeauftragten in Brandenburg: Ein rechtsextremer Vorfall zeigt die Dringlichkeit des Themas.

In Brandenburg hat der Angriff auf das Auto des Antisemitismusbeauftragten Andreas Büttner für Aufsehen gesorgt und wirft erneut ein Schlaglicht auf das Thema Rechtsextremismus in der Region. Unbekannte haben in der Nacht von Donnerstag auf Freitag das Fahrzeug des Politikers mit verfassungsfeindlichen Symbolen beschädigt. Dieser Vorfall, der als direkter Angriff auf die gewählten Vertreter einer offenen Gesellschaft betrachtet wird, hat sowohl in der Politik als auch in der Zivilgesellschaft schockierte Reaktionen ausgelöst.

Ein Moment der Ohnmacht für den Beauftragten

Andreas Büttner, der seit wenigen Wochen als erster Antisemitismusbeauftragter Brandenburgs im Amt ist, hat diesen Anschlag direkt nach Verlassen seines Wahlkreisbüros bemerkt. „Es ist ein schreckliches Gefühl, wenn man im eigenen Umfeld attackiert wird. Das hat nichts mit politischer Auseinandersetzung zu tun“, äußerte sich Büttner zu dem Vorfall. Trotz dieser Erfahrung betont er: „Ich bin kein ängstlicher Mensch.“

Politische Reaktionen: Ein gemeinsamer Appell gegen Gewalt

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke bezeichnete die Tat als ernstes Zeichen dafür, wie notwendig die Einrichtung der Antisemitismusbeauftragtenstelle war. Er fordert eine klare Rückendeckung der Gesellschaft gegen Rechtsextremismus und Gewalt. „Wir müssen gemeinsam für Weltoffenheit und Toleranz eintreten“, erklärte Woidke und forderte die zügige Ermittlung der Täter.

Ein breiter Konsens in der politischen Landschaft

Überparteiliche Empörung prägt die Reaktionen auf diesen Vorfall. Die Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke (SPD) hat den Angriff als „erschreckend und inakzeptabel“ verurteilt. Auch die Landtagsabgeordneten der Grünen, Petra Budke und Benjamin Raschke, betonten, dass diese Tat nicht nur eine persönliche Attacke auf Büttner darstellt, sondern eine klare Grenzüberschreitung gegenüber den Werten unserer Gesellschaft ist.

Die Sichtweise der jüdischen Gemeinschaft

Der Zentralrat der Juden in Deutschland spricht von einem klaren Einschüchterungsversuch. Ein Sprecher betonte, dass dieser Angriff gegen Büttner zeigen würde, dass es einen tief sitzenden Widerstand gegen die Werte einer offenen Gesellschaft gibt. Gleichzeitig wird die Möglichkeit thematisiert, dass solche Vorfälle Menschen in ihrer Sicherheit stark beeinträchtigen können, vor allem wenn sie im eigenen Wohnumfeld geschehen.

Die AfD und die Debatte um den Antisemitismusbeauftragten

Obwohl auch die AfD den Angriff getadelt hat, bleibt sie bei ihrer kritischen Haltung gegenüber der Position des Antisemitismusbeauftragten. Der brandenburgische AfD-

Spitzenkandidat Hans-Christoph Berndt hat in der Vergangenheit argumentiert, dass solch eine Stelle das Problem des Antisemitismus nicht löse. Dennoch hat die AfD sich in diesem Kontext klar gegen Gewalt ausgesprochen, was einen schmalen, aber wichtigen Konsens zeigt.

Dieser Vorfall verdeutlicht, wie bedeutsam die Rolle des Antisemitismusbeauftragten ist und zeigt den anhaltenden Bedarf an intergesellschaftlichen Dialogen über Toleranz und Respekt. Die kommenden Wochen könnten entscheidend sein, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und das öffentliche Bewusstsein über die Gefahren des Rechtsextremismus weiter zu schärfen.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)